

Dieter Oelschlägel

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung – Profilierung und Vernetzung auf Bundesebene¹

Für die Einladung, hier und heute zu sprechen, bedanke ich mich ganz herzlich bei den Veranstaltern. Das hat für mich deshalb eine ganz große Bedeutung, weil ich seit jeher die Notwendigkeit eines Dachverbandes für Gemeinwesenarbeit betont habe. Mit einigen eigenen Versuchen bin ich letztlich gescheitert - aus unterschiedlichen Gründen, und sehe jetzt mit der Gründung dieser BAG eine tendenzielle Realisierung dieser alten Ideen.

Sie können sich sicher vorstellen, dass ich den Titel der BAG gern umgedreht gelesen hätte: Gemeinwesenarbeit und soziale Stadtentwicklung.

Mein Referat wird eine subjektive Sicht auf das Thema „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung – Profilierung und Vernetzung auf Bundesebene“ vortragen: Die Sicht von jemandem, der 35 Jahre GWA-Entwicklung mitgemacht hat und jetzt, den Ruhestand vor Augen, dem Getümmel fast entronnen ist. Es ist aber auch die Sicht aus den Perspektiven der letzten Jahre: auf der einen Seite die des aktiven Kommunalpolitikers in einer Mittelstadt mit „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“, auf der anderen die beobachtende, begleitende und vermittelnde Sicht des an einer Hochschule Lehrenden.

Ich beginne deshalb auch mit einem Blick zurück:

1. Zwei Entwicklungslinien haben aus meiner Sicht wesentlich dazu beigetragen, dass die Frage nach dem Zusammenhang von GWA und Stadtentwicklung wieder auf die Tagesordnung gekommen ist: Agenda 21 und „die Krise der ‘sozialen Stadt’“².

In immer mehr Städten der Bundesrepublik wird der Agenda-Gedanke nicht nur diskutiert sondern in vielfältiger Weise umgesetzt. Unter dem Anspruch einer nachhaltigen Stadtentwicklung wird eine Vernetzung sektoraler Handlungsansätze (Bauen, Verkehr, Wirtschaft, Kultur, Soziales...) gefordert. Doch auch die Forderung nach der Beteiligung der betroffenen Menschen in der Stadt gewinnt im Agenda- Prozess großes Gewicht, wobei die Agenda 21 ausdrücklich auf Personen der allgemeinen Lebenswelt, die bisher benachteiligt oder nicht beachtet wurden, hinweist (Frauen, Kinder und Jugendliche, indigene Gemeinschaften der Bevölkerung) hinweist.

Dazu formuliert das Handbuch der lokalen Agenda 21: „Eine zukunftsbeständige Entwicklung lässt sich nicht per Gesetz oder Programm von oben verordnen. Zuviel hängt vom einzelnen Menschen ab (...) ein Gemeinwesen, in dem sich die Bevölkerung aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft beteiligt, wird eher zu dauerhaften Lösungen für die anstehenden Probleme gelangen“.³

¹ Referat zur Gründungstagung der „Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ am 7./8.11.2002 in Gelnhausen

² vgl. Hartmut Häußermann: Die Krise der „soziale Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2000 S. 13 - 21

³ ICLEI: Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen, hrsg. vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt. Bonn/Berlin 1998, S.26f

Mit der Krise der „sozialen Stadt“ wird der Prozess einer verstärkten sozio-ökonomischen Polarisierung (Stichworte: Armut, Ausgrenzung) benannt, der schließlich zu einer „räumlichen Konzentration von Personen und Haushalten, die in ähnlicher Weise verarmt, diskriminiert und benachteiligt sind“⁴, führt.

In den Großstädten, aber wir beobachten die Entwicklung durchaus auch in Mittelstädten, bilden sich Quartiere heraus, in denen sich die Ausgegrenzten und „Überflüssigen“ sammeln und aus denen in einer Art selektiver Mobilität die wegziehen, die es noch können. Häußermann weist auf spezifische benachteiligende Effekte solcher ausgegrenzter Quartiere hin, die wir in unseren Projekten in verschiedenen Orten des Reviers und am Niederrhein beobachten können⁵:

- Es entsteht eine abweichende Kultur, in der sich diejenigen, die ihr angehören, von den Normen und Verhaltensweisen der Gesellschaft entfernen. Das mindert u.a. ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt
- „Andererseits zeichnen sich benachteiligte Quartiere durch Eigenschaften aus, die entweder die Lebensführung beschwerlich machen und/oder die Handlungsmöglichkeiten ihrer Bewohner objektiv einschränken“⁶ (z.B. infrastrukturelle Defizite)
- Eine dritte - in den Diskussionen oft vernachlässigte - Dimension - wir haben sie kürzlich für einen Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf untersucht⁷ - ist das negative Image eines Quartiers, das nach innen und außen Effekte hervorruft, die die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner beeinträchtigen (Stigmatisierung)

Wir beobachten in solchen Quartieren Prozesse, die zu einer kontinuierlichen Abwärtsentwicklung - Häußermann nennt dies „Fahrstuhleffekt“⁸ - führen. Es würde zu weit führen, dies hier ausführlich zu beschreiben. Die meisten von Ihnen kennen das ja.

Wichtig für unseren Zusammenhang ist, dass diese Quartiere und ihre Bewohner solche Prozesse nicht mehr selbst aufhalten können und deshalb eine integrierte Stadtteilentwicklungspolitik stabilisierend eingreifen muss. Hier liegt ja auch der Anlass für Landes- und Bundesprogramme für Stadtteile mit besonderem Erneuerungs- oder Entwicklungsbedarf, „die sich auf das Quartier als sozialen Raum richten und die Entwicklung und Stabilisierung der meistens noch vorhandenen Potentiale fördern“⁹.

2. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kurzen und sehr knappen Rückblick auf die Entwicklung von GWA und Stadtplanung werfen.

Das leider vergriffene und nie wieder aufgelegte Buch von Vogel/Oel „Gemeinde und Gemeinschaftshandeln“¹⁰ hat gezeigt, wie Community Organization und Community Development, die nordamerikanischen Wurzeln der Gemeinwesenarbeit, in verschiedener

⁴ Häußermann, a.a.O. S. 14

⁵ ebda. S. 19

⁶ ebda. S. 19

⁷ Projekt „Sozialraumanalyse Lohberg“: Dinslaken-Lohberg - ein Stadtteil und sein Ruf Duisburg: Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Fach Soziale Arbeit und Erziehung 1999

⁸ Häußermann, a.a.O. S.21

⁹ ebda. S. 21

¹⁰ Martin Rudolf Vogel/Peter Oel: Gemeinde und Gemeinschaftshandeln. Zur Analyse der Begriffe Community Organization und Community Development. Stuttgart u.a.: Kohlhammer: 1966 (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin, Bd.11)

Weise den sozialen, den aktivierenden und den regionalen Entwicklungsaspekt vor allem in der städtischen Politik zusammenbanden.

Leider hat eine verkürzte Rezeption dieser Ansätze (die allerdings schon ihre Wurzeln in der amerikanischen Diskussion hatte) in der frühen Bundesrepublik Gemeinwesenarbeit zur „Dritten Methode“ der Sozialarbeit gemacht und sie eng an dieselbe gebunden.

Den Zusammenhang von Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung hat deutlich erst wieder ein ebenfalls vergriffenes und nie wieder aufgelegtes Buch in die GWA-Diskussion gebracht: Müller/Nimmermanns „Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit“¹¹ aus dem Jahr 1971. Das war die Zeit, in der kritische Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter die Gemeinwesenarbeit als eine politische Alternative zur kurativen Einzelfallhilfe sahen. Der Aufbau des Buches zeigt das damalige Verständnis einer kritischen und engagierten GWA vom Verhältnis von GWA und Stadtplanung: Stadtplanung war die Reformstrategie „von oben“; Gemeinwesenarbeit war mit Saul Alinsky und Harry Specht die Organisation des Widerstandes „von unten“ aus den Quartieren heraus.

Dieser politische Impetus, der in der Praxis zu unterschiedlichen strategischen Optionen führte, ist der GWA vor allem in den frühen 80er Jahren abhanden gekommen. Unter dem Druck sich verschärfender sozialer Verhältnisse („Neue Armut“) wuchs der Druck auf die Projekte in den Stadtteilen, für die Bewohner quartiersbezogene nützliche Dienstleistungen und Ressourcen zur Verfügung zu stellen (Beratungsangebote, preiswerter Mittagstisch, Organisation sozialer Netze im Stadtteil).

Der gesellschaftliche Druck der 90er Jahre - insbesondere auch eine sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit - führten auch zu einer Neuorientierung der GWA. Wir machten in vielen Projekten die Erfahrung, dass Menschen, die aus dem Arbeitsprozess herausfallen, auf ihre Lebenswelt, aus ihr Quartier verwiesen werden als eine zusätzliche Ressource zur Existenzsicherung und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gleichzeitig wächst gerade in armen Stadtteilen der Bedarf an zu leistender Arbeit in den Bereichen der Infrastrukturgestaltung (vom Renovieren der Wohnungen bis zur Gestaltung von Mietergärten) und der sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinderbetreuung, der Altersversorgung und der Krankenpflege.

Indem GWA diese beide Stränge zusammenführte zu quartiersorientierten basisökonomischen Projekten (Tauschringe, Genossenschaften, soziale Betriebe) hat sie unter dem Begriff der Gemeinwesenökonomie¹² die enge Bindung an die soziale Arbeit aufgegeben.

Das Quartier bestimmt für viele Menschen - ich erwähnte es bereits - die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe. „Von der Bindung an das Gemeinwesen, von der Möglichkeit, den sozialen Raum mitzugestalten, hängt es sehr wesentlich ab, ob und wie sich Bürger engagieren. Deshalb müssen viele Vollzüge und Entscheidungen dorthin zurückgeholt werden“¹³ So ist in den letzten Jahren von Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeitern das nordamerikanische Konzept der Bürgermobilisierung und -organisation „Community Organization“ neu entdeckt worden. Community Organization

¹¹ C. Wolfgang Müller/Peter Nimmermann: Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München: Juventa: 1971

¹² Hierzu ausführlich: Susanne Elsen: Gemeinwesenökonomie - eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Neuwied u.a.: Luchterhand: 1998

¹³ Dieter Oelschlägel: Bürgerengagement, Gemeinwesenarbeit, Community Organization. Ein Nachwort, in: Saul D. Alinsky: Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv: 1999 (Neuaufgabe), S. 177

greift den großen Fundus an Erfahrungen und Verfahren der GWA zur Mobilisierung und Aktivierung der Menschen auf und bietet die Chance - über die Grenzen der sozialen Arbeit hinaus - gemeinsames solidarisches Handeln zur Überwindung gesellschaftlicher Ohnmacht zu organisieren.

Der Rückblick aus der Sicht der Stadtentwicklung fällt mir etwas schwerer, da ich sie aus einer größeren Entfernung als die GWA wahrgenommen habe.

In der Wachstumsphase der 60er Jahre widmete sich die öffentliche Hand mit ihre Entwicklungsplanungen vorrangig der Erneuerung und Erweiterung technischer Infrastruktursysteme (Straßenbau, U-Bahn-Bau). Parallel dazu: Flächenabriss und Kahlschlagsanierung. Die Rede war von „rückständigen Vierteln“, die durch neue Stadtstrukturen ersetzt werden sollten (Trabantenstädte).

Gegen solche Sanierungsverfahren regte sich Widerstand, gelegentlich von GWA unterstützt. Bekannt gewordenes Beispiel waren die Auseinandersetzungen im Frankfurter Westend. Aber auch wohnungswirtschaftlich hatte dieser Sanierungstyp langfristig keine Chance. Die Ersetzung preiswerter Altbestände durch sozialen Wohnungsbau ließ Wohnungsengepässe entstehen, die Mängel der Trabantenstädte mit ihren eindimensionalen Strukturen wurden deutlich und das Ende der Vollbeschäftigung Mitte der 70er Jahre spielte bei den Entwicklungen ebenfalls eine Rolle.

Das führte zu einer Phase kleinräumiger Sanierung und Erneuerung der Bestände. Mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes 1971 wurde nun auch die Beteiligung von Mietern, Eigentümern und Gewerbetreibenden des Quartiers vorgeschrieben. Die Stadtentwicklung überhaupt konzentrierte sich auf Quartiere, wurde zur Stadtteilentwicklung, bei der ebenfalls mehr Bürgerbeteiligung vorgesehen war. Bürgerbeteiligungsverfahren, wie die Planungszelle Dienels, die Advokatenplanung oder andere konsequente Formen der Bürgerbeteiligung sind allerdings Einzelerscheinungen geblieben.

In den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts führten die wirtschaftlichen Entwicklungen zum einen dazu, dass „wirtschaftliche Parameter und wirtschaftliche Akteure wie auch die - oft nur vermeintlichen - Bedürfnisse dieser Akteure und ‘des Marktes’ deutliche Priorität“¹⁴ im kommunalen Handeln erhielten. Für die Stadtentwicklung hieß das, dass - vor allem in Mittelstädten - sektorale Fachplanungen unter dem Primat kommunaler Wirtschaftsförderung gesehen wurden (Stadtmarketing als Stadtentwicklung) und sich in Großstädten sich die Projektplanung imagewirksamer Großvorhaben (z.B. Neue Mitte Oberhausen) etablierte. Da hier immer wieder öffentliche und private Interessen gebündelt werden mussten, waren für diese Planung diskursive und verfahrensorientierte Vorgehensweisen erforderlich.

Aber auch auf der Ebene der Stadterneuerung, also bezogen auf die Quartiere selbst, wurde seit den 80er Jahren Stadtentwicklung „in zunehmenden Maße als eine Verknüpfung städtebaulicher, sozial- und beschäftigungspolitischer, ökologischer, kulturpolitischer und umweltrelevanter Aspekte begriffen“¹⁵ Diese integrierte Vorgehensweise machte ebenfalls diskursive Verfahren, also Beteiligung aller Betroffenen, erforderlich.

¹⁴ Werner Heinz: Stadtentwicklungsplanung, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske & Budrich: 2000 2. Aufl., S. 242

¹⁵ Erhart Pfothenhauer: Stadterneuerung - Sanierung, in: Häußermann (Hrsg.) Großstadt, a.a.O. S.251

Gehen wir jetzt zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen - Lokale Agenda 21 und Krise der Stadt- zurück. Sie zwingen uns, über die beschriebene Entwicklung von Stadtplanung und Stadtentwicklung hinaus über Reformen für das städtische Leben im 21. Jahrhundert nachzudenken.

Ich sehe vier Aspekte, die hier eine wichtige Rolle spielen¹⁶ und in fortgeschrittenen Modellen der Stadterneuerung auch schon (ansatzweise) umgesetzt werden:

- Stadterneuerung bedarf des aktiven Engagements und der Mitentscheidung der betroffenen Bevölkerung. Die Einführung von Stadtteilbüros Ende der 80er Jahre als Mittler und Motoren der Bürgerbeteiligung hat dem schon ein Stück weit Rechnung getragen
- Stadterneuerung braucht die Rückbesinnung auf ökologische Zusammenhänge, z.B. auf Modelle der kostengünstigen, umweltverträglichen und quartiersnahen Produktion von Wärme und Energie
- „Dreh- und Angelpunkt künftiger Stadterneuerungsstrategien muss die Sicherung, Bereitstellung und bessere Verteilung von Arbeit sein.“ Es geht „um die Begünstigung lokaler Ökonomie u.a. durch kleinteilige Erneuerungskonzepte und um die Förderung, Stärkung und Vernetzung neuer Formen von Arbeit“.¹⁷
- Schließlich muss - ohne das weiter ausführen zu können - auch über neue Finanzierungsmodelle in der Stadt(teil)entwicklung nachgedacht werden (z.B. Quartiersbudgets, Mobilisierung von Risikokapital etc.).

Damit sind meines Erachtens wichtige Themen für eine BAG „Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ genannt, die – und das ist mir wichtig hier zu sagen – überein enges Verständnis des Sozialen hinausweisen.

Dass man auch diese Punkte kritisch ins Auge fassen muss, darauf möchte ich am Ende meines Referats zu sprechen kommen.

3. Worauf ich mit diesem groben historischen Rückblick hinauswollte, ist hoffentlich deutlich geworden: GWA und Stadtentwicklung haben sich mit ihren Ansätzen aufeinander zu bewegt und weitgehend angenähert (Bürgerbeteiligung, lokale Ökonomie). Der Begriff, mit dem sich diese Annäherung zu vollziehen scheint, heißt „Stadtteil- oder Quartiersmanagement“. Wolfgang Hinte sieht im Quartiersmanagement die konsequente Fortführung des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit und der darauf basierenden Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit¹⁸, Monika Alisch sieht es als notwendige Weiterentwicklung der „behutsamen Stadterneuerung“ der 80er Jahre¹⁹.

Ist nun aus GWA Stadtteilmanagement geworden, aus Stadtteilmanagement GWA?

Ich vertrete dazu die Position, ohne das hier ausführlich begründen zu können, dass Gemeinwesenarbeit nicht Stadtteilmanagement ist und Stadtteilmanagement nicht Gemeinwesenarbeit, wie es der zitierte Beitrag von Wolfgang Hinte nahe legt.²⁰

¹⁶ Es gibt sicher weitere, z.B. die Entwicklung der elektronischen Medien und Kommunikationswege und ihre Bedeutung für städtische soziale Netze

¹⁷ Pfothenhauer, a.a.O. S. 256

¹⁸ Wolfgang Hinte: Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement, in: Monika Alisch (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske & Budrich: 1998, S. 156

¹⁹ Monika Alisch: Stadtteilmanagement - Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel, in: diess.: Stadtteilmanagement, a.a.O. S. 12

²⁰ vgl. Fußnote 19

Gemeinwesenarbeit stellt aber ein effektives Handlungskonzept, eine sinnvolle Vorgehensweise für Stadtteilmanagement - und damit für Stadtentwicklung - zur Verfügung, sofern diese quartiersbezogen und bewohnerorientiert ist²¹.

4. Sechs Argumente sollen diese Behauptung stützen

- GWA hat eine hohe Problemlösungskompetenz aufgrund ihrer lebensweltlichen Nähe zum Quartier. Als sozialräumliche Strategie, die sich auf die Lebenswelt der Menschen einlässt, kann sie genau die Probleme aufgreifen, die für die Menschen wichtig sind, und sie dort lösen helfen, wo sie von den Menschen bewältigt werden müssen. Dabei kümmert sich GWA prinzipiell um alle Probleme des Stadtteils und konzentriert sich nicht, wie oft Bürgerinitiativen, auf einen Punkt. Damit schafft sie Kontinuität, auch wenn es in dem einen oder anderen Fall Misserfolge gibt.
- Gemeinwesenarbeit kann aufgrund ihrer methodischen Vielfalt auch viele Möglichkeiten für Teilhabe und partizipatives Handeln zur Verfügung stellen, von der aktivierenden Befragung über „Community Organization als ein Element zur Wiederbelebung von Interessenorganisation“²² bis hin zur widerständigen Aktion
- Gemeinwesenarbeit bietet insbesondere durch offene, niedrigschwellige Räume und Angebote und unter Verzicht auf den pädagogisch oder politisch erhobenen Zeigefinger Gelegenheitsstrukturen und Logistik für Engagement und Beteiligung. Dazu gehört auch das Beschaffen von notwendigen Informationen aus dem politischen Raum, an die GemeinwesenarbeiterInnen in der Regel leichter herankommen als die Betroffenen. Dazu gehört gegenseitiges Mutmachen, auch Training und Schulung. Die Parole sollte allerdings heißen: Von der Gelegenheitsstruktur hin zur selbsttragenden Struktur.
- Es ist Aufgabe der GWA, Einzelnen, Gruppen und dem Stadtteil bei der Problemveröffentlichung zu helfen. Das Verhältnis Gesellschaft - Lebenswelt ist nicht allein dadurch zu bestimmen, wie die Gesellschaft in die Lebenswelt hineinragt, sondern auch danach, wie die Probleme der Lebenswelt in den gesellschaftlichen, d.h. politischen Diskurs zu bringen sind. GWA hat Erfahrung darin, Übersetzungsleistungen für unterschiedliche Interessen zu leisten, und bringt diese ins Quartiersmanagement ein: „So konfrontiert Stadtteilmanagement politische und Verwaltungsinstanzen kontinuierlich respektvoll, aber deutlich mit den Lebens- und Wohnbedingungen der Bevölkerung, von der sachlichen Darstellung in Gremien über die Organisation von Foren zum Dialog zwischen Lebenswelt und Bürokratie bis hin zu skandalisierenden Aktionen mit allen Elementen nachdrücklicher Öffentlichkeitsarbeit“²³.
- GWA knüpft Netze, die die Menschen halten, stützen und unterstützen, wenn sie sich aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt und damit an politischen Entscheidungen beteiligen wollen. Hierzu gehören auch die Netzwerke der Professionellen im Stadtteil selbst, die erreichte Positionen absichern helfen.
- Gerade aber mit dieser Vernetzung (aber auch durch Skandalisierung etc.) bietet GWA ein Politikmodell „von unten“, das nicht nur auf die Organisation von Gegenmacht ausgerichtet ist, sondern auch die Politikformen in unseren Städten auf die Weise durchdringt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile nicht nur mehr gehört werden, sondern auch mehr und dauerhaft Entscheidungen im und für den Stadtteil treffen können.

²¹ vgl. C. Wolfgang Müller: Gemeinwesenarbeit hat wieder Konjunktur, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 52/2001/1/28 - 30

²² Tilo Klöck: Empowerment, in: Wolfgang Krebs (Hrsg.): Methodische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen: Burckhardtthaus: 1996, S.21

²³ Wolfgang Hinte, a.a.O. S.157

5. Ich möchte abschließend noch einige Kommentierungen zu dem heute vom Stapel laufenden Vorhaben abgeben – so habe ich die Anregungen von Jürgen Maier für diesen Vortrag verstanden, dass ich das tun soll – die sich z.T. aus dem Gesagten ergeben (und dieses selbstkritisch erweitern):

- Die Impulse der aufgezeigten Entwicklung (Annäherung von Stadtentwicklung und GWA) „fordern Gemeinwesenarbeit erneut heraus, die Beschränkung auf den klassischen Sozialbereich und erst recht auf den Jugendhilfebereich (Sozialraumorientierung als neues Modewort) zu durchbrechen und im Sinne einer integrierten Strategiediskussion andere Handlungsfelder in den Blick zu nehmen“²⁴. So hat es Michael König vor einigen Jahren hier im Burckhardthaus gesagt, und das hat meines Erachtens heute noch Geltung. Wenn wir nun jetzt diesen Schritt in Richtung Stadtentwicklung tun, dann habe ich die Befürchtung – auch wenn ich so manche schon fast euphorische Texte zum Programm der Sozialen Stadt aus der Sicht der GWA lese, dass wir uns jetzt ebenso eng an die Stadtentwicklung binden und möglicherweise eine weitere interessante Chance verschlafen, nämlich den Anschluss der GWA an den Prozess der Lokalen Agenda 21. In vielen Städten verlaufen die Agendaprozesse in den Feldern Ökonomie, Ökologie und Soziales nach den Prinzipien der GWA – ich nenne nur Bürgerbeteiligung, Aktivierung und Vernetzung -, ohne dass sich GWA-Projekte einklinken.
- Zu den Aufgaben der Gemeinwesenarbeit sagt das Diskussionspapier zu einem Bundesnetzwerk Gemeinwesenarbeit und soziale Stadtentwicklung (!!!) schon einiges aus, da will ich auch nicht viel hinzufügen. Aber wenn ich die ersten Absätze dieses Papiers lese, möchte ich doch zu mehr Unbescheidenheit gegenüber dem Programm „Soziale Stadt“ aufrufen. Ich rufe den Text nochmals in Erinnerung: „Das Bundesnetzwerk begreift das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ als neue Chance für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf und nimmt das Programm zum Anlass für seine Konstituierung. Es leistet einen Beitrag zum Aufbau der „Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, in der öffentliche, private und freie Träger kooperativ zusammenwirken sollen...“ Das Bundesnetzwerk bzw. die BAG sollte mehr wollen, nämlich die Idee eines integrierten Handlungsansatzes für die Stadtteilentwicklung, gestaltet nach den Prinzipien der GWA, als generelle kommunale Entwicklungspolitik einfordern. Jede Stadt soll eine soziale Stadt sein!
- Gemeinwesenarbeit – vertreten durch die Organisationen, die sich hier zusammenfinden – hat nach meiner Auffassung auch gegenüber Programmen wie „Soziale Stadt“ und gegenüber Quartiersmanagement ein Wächteramt auszuüben. Denn die Entwicklung solcher Programme hat – wie die Praxis zeigt – auch strukturell angelegte Gefahren. Volker Eick und Britta Grell haben in einem Forschungsprojekt des J-F-Kennedy Institutes der FU Berlin herausgefunden, dass Quartiersmanagement durchaus Ausgrenzungsprozesse in den Stadtteilen befördern kann. So berichten sie von der „Ausgestaltung und Umsetzung von bestimmte Maßnahmen für Sozialhilfeempfänger, bei denen immer stärker die Arbeitsverpflichtung und nicht mehr Fragen nach den Entwicklungsperspektiven des Einzelnen oder nach den Inhalten von Tätigkeiten im Vordergrund stehen“²⁵. Sie haben in ihren Untersuchungen in Berliner Quartiersmanagementgebieten unterschiedliche Ausgrenzungsmuster gefunden (z.B. den

²⁴ Michael König: Der Beitrag der Gemeinwesenarbeit in der Stadtteilentwicklung am Beispiel Hamburg, in: Wolfgang Krebs (Hrsg.): Die Zukunft der Stadtteile – die Zukunft der GWA. Dokumentation 9. Werkstatt Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen: Burckhardthaus: 1987, S. 56 – 64, hier S. 59

²⁵ Volker Eick/Britta Grell: Mit der Sozialen Stadt von Welfare zu Work?

<http://www.workfare.ipn.de/soziale-stadt.html> vom 4.11.2002, S. 6

Anteil nicht-deutscher Bewohner zu begrenzen oder „Exklusionsprozesse gegen sog. Randgruppen“²⁶), die inzwischen sozialintegrativ begründet werden.

Sabine Stövesand, langjährige Leiterin des GWA-Projektes St.Pauli-Süd in Hamburg, äußert sehr ähnliche Kritik in einem leidenschaftlichen Artikel in Standpunkt: Sozial 1/2002²⁷. Sie äußert sich skeptisch über die Chance, soziale Desintegrationsprozesse in den Stadtteilen aufzuhalten mit den klassischen Beteiligungsmodellen wie Runde Tische und Stadtteilkonferenzen und beruft sich dabei auf Rudolph Bauer: „Partizipation kann den Erwerb von Teilhabe bedeuten, die sich gegen Minderheiten richtet, und Ermächtigung (wenn sie die Form der Unterdrückung Schwächerer annimmt) mündet ein in Barbarei“²⁸. Selbst wenn der eine oder andere den Begriff in die Mottenkiste der wilden Zeiten der GWA packen möchte, glaube ich doch, dass Parteilichkeit zu den Grundprinzipien dieses Zusammenschlusses gehören sollte.

- Das bedeutet allerdings, dass die BAG der Ort gründlicher Reflexion über ein Politikverständnis von GWA und Quartiersmanagement (und das kann sehr unterschiedlich sein!) sein muss. Hier liegt eine große Chance für einen bundesweiten Diskurs. Mögliche Pole eines solchen Diskurses möchte ich mit zwei Zitaten nur andeuten:

Aus den Leitziele der Sozialen Stadtentwicklung der Stadt Hamburg:

„Lokale Handlungs- und Selbsthilfemöglichkeiten sollen gefördert und gestärkt, insbesondere die Bereitschaft der Bewohnerinnen und Bewohner unterstützt werden, durch Bürgerinitiativen und ehrenamtliches Engagement unmittelbar an der Verbesserung der eigenen Lebenssituation und der sozialen und ökologischen Situation im Stadtviertel mitzuarbeiten.“²⁹

Das andere Zitat stammt von einem der Väter der Netzwerkidee, Joseph Huber, der es als politische Aufgabe sieht, „eine realistische Theorie von Macht und Herrschaft zu formulieren, die hilft, dass jeder nach seiner Möglichkeit an der Ausübung von Macht teilnehmen kann“³⁰.

Das könnte ein schönes Schlusswort sein, wenn ich nicht noch einen Satz gewissermaßen in eigener Sache loswerden möchte im Blick auf Aufgaben eines Bundesnetzwerkes für Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung:

Es reicht nicht aus, die Ausbildungsmängel der Universitäten und Fachhochschulen im Blick auf unseren Gegenstand mit berufs begleitender Fort- und Weiterbildung zu kompensieren – so wichtig das ist!! – sondern die BAG muss in einen fordernden Dialog (Prüfsteine) mit den Hochschulen eintreten, der umso wichtiger wird bei der kommenden Umgestaltung in BA- und MA-Studiengänge. Dasselbe gilt für Theoriebildung und Forschung.

²⁶ ebda.

²⁷ Sabine Stövesand: Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung? Von der Nachbarschaft als Hausfrau der neoliberalen Umstrukturierung im Quartier, in: Standpunkt: Sozial 2002/1/75 - 77

²⁸ Rudolph Bauer: Strukturelle Veränderungen in der sozialen Arbeit und ihre künftige Rolle, in: Hans Pfaffenberger/Albert Scherr/Richard Sorg. Von der Wissenschaft des Sozialwesens, Rostock 2000, zit. Nach Stövesand a.a.O. S.76

²⁹ Ute Heldt: Soziale Stadtentwicklung in Hamburg, in: Institut für Soziale Arbeit e.V. (Hrsg.): Im Dickicht der Städte – soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Münster: Votum: 2001, S.88

³⁰ Joseph Huber: was aus den guten Vorsätzen geworden ist. Die Idee der Netzwerke. Ein kritischer Rückblick auf verschiedene Projekte und der Versuch eines Ausblicks, in: Frankfurter Rundschau vom 8.2.1990, S. 19